

Offener Brief

An die Abgeordneten des Deutschen Bundestages

19. Februar 2024

Aus Verantwortung für die Menschen – CanG jetzt unterstützen

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,

als Expertinnen, Experten und Fachverbände, die unmittelbar mit dem Thema Cannabis befasst sind, bitten wir Sie darum, diese Woche im Parlament für das Cannabisgesetz zu stimmen, um den wichtigen Schritt in Richtung Gesundheitsschutz, Prävention und sozialer Gerechtigkeit zu machen.

Mindestens vier Millionen Menschen in Deutschland konsumieren gelegentlich oder regelmäßig Cannabis. Sie alle sind permanent von Strafverfolgung bedroht. In den letzten Jahren waren es jeweils rund 175.000 Personen, gegen die wegen Cannabisbesitz zum Eigengebrauch ein Verfahren eröffnet wurde. Sie alle werden zukünftig nicht mehr per Gesetz stigmatisiert, wenn das CanG in Kraft tritt.

Zentrale Gremien der Vereinten Nationen (INCB¹, UNGASS², CEB³) bekräftigen seit Jahren die Möglichkeit der Staaten, Drogengebrauch/-besitz im Rahmen der Verträge zu entkriminalisieren. Zuletzt hat der UN-Hochkommissar für Menschenrechte die Notwendigkeit einer grundlegenden Umkehr weg von Strafen ausgesprochen und empfiehlt überdies die Regulierung des Handels.⁴

Diese neue Ausrichtung internationaler Organisationen erklärt sich nicht nur aus der steigenden Evidenz zu den negativen Auswirkungen und damit dem Scheitern des

¹ UN-Suchkontrollrats 2022, S.5:

https://www.incb.org/documents/Publications/AnnualReports/AR2022/Press_Kits/Thematic_chapter_summary_eng.pdf

² UN-Generalversammlung 2016:

https://www.unodc.org/res/un-common-position-drugs/index_html/UNGASS2016-E.pdf

³ UN System Chief Executives Board for Coordination 2018:

<https://unsceb.org/sites/default/files/2021-01/2018%20Nov%20-%20UN%20system%20common%20position%20on%20drug%20policy.pdf>

⁴ UN-Hochkommissar für Menschenrechte 2023 (UN-Bericht A/HRC/54/53):

<https://undocs.org/Home/Mobile?FinalSymbol=A%2FHRC%2F54%2F53&Language=E&DeviceType=Desktop&LangRequested=False>

Drogenverbots, sondern auch durch zunehmende praktische Erfahrungen einiger Mitgliedsländer.

Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass eine moderate Cannabis-Neuregulierung zu mehr Gesundheit und verbesserten Hilfen führt.

Erfahrungen aus anderen Ländern deuten darauf hin, dass eine ausgewogene Teil-Legalisierung (wie im CanG vorgesehen) keine Erhöhung des Konsums zur Folge haben wird, insbesondere nicht in besonders zu schützenden Gruppen wie Jugendlichen.⁵⁶ Zudem zeigen aktuelle Studien, dass cannabis-bezogene Gesundheitsschäden in Ländern mit Legalisierung geringer sind als in Ländern mit Cannabisverbot⁷.

Auch die teilweise geäußerten Befürchtungen, dass das CanG zu einer Stärkung des profitorientierten Schwarzmarktes führen könnte, sind nicht haltbar und ohne Bezug zur kriminologischen Drogenmarktforschung⁸. Im Gegenteil ist davon auszugehen, dass es aufgrund privaten Eigenanbaus und Anbauvereinigungen zu einer nennenswerten Reduktion kommen wird.

Durch Strafandrohung ist niemandem geholfen – sie kriminalisiert Minderjährige ebenso wie Erwachsene. Die aktuelle Stigmatisierung verschärft oftmals noch psychische Problematiken und hält davon ab, sich Hilfe zu suchen. Das CanG wird die Arbeit der Drogenhilfe stärken sowie Jugendliche und Eltern künftig ermutigen, professionelle Unterstützung früher anzunehmen.

Als Expertinnen und Experten für Drogen- und Suchtpolitik und professionell mit Drogenkonsumierenden Arbeitende, appellieren wir an Sie, das jahrzehntelange Unrecht, Menschen für den Umgang mit einer Substanz zu kriminalisieren, zu beenden.

Wir stehen Ihnen weiterhin zur Seite, um den Prozess zu einer zielführenden, zeitgemäßen Drogenpolitik zu unterstützen, etwa im Hinblick auf die wichtige, bevorstehende Säule 2 des CanG. Zunächst ist es aber essenziell, die lange vorbereitete Säule 1 endlich zu verabschieden. Wir möchten Sie daher bitten, für das Gesetz zu stimmen.

⁵ Deutscher Bundestag, Wissenschaftlicher Dienst 2019:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/675688/4ba9aed6de8e9633685a1cdc2d823525/WD-9-072-19-pdf-data.pdf>

⁶ Government of Canada, Health Infobase 2024: <https://health-infobase.canada.ca/cannabis/>

⁷ Sofis, M. & Slate, M. (2022): Cannabis Legalization & Public Health Outcomes – Regulatory Determinants of Cannabis Outcomes Survey. Cannabis Public Policy Consulting. Fall 2022

⁸ Werse, B. & Bernard, C. (Hg.) (2016): Friendly Business. Springer VS.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. em. Dr. jur. Lorenz Böllinger, Dipl.-Psych.

Professor für Strafrecht und Kriminologie
Fakultät Jura, Universität Bremen
Psychologischer Psychotherapeut/Psychoanalytiker

Philine Edbauer

Regionalwissenschaftlerin
Humboldt-Universität zu Berlin

Jakob Eichler

Philosoph
Humboldt-Universität zu Berlin

Univ.-Prof. Dr. Mohamad El-Ghazi

Lehrstuhl für Deutsches und Europäisches Strafrecht, Strafprozessrecht und
Wirtschaftsstrafrecht
Direktor des Trierer Instituts für Geldwäsche- und Korruptionsstrafrecht (TrIGeKo)
FB V – Rechtswissenschaft
Universität Trier

Prof. Dr. Johannes Feest

Professor (i.R.) für Strafverfolgung, Strafrecht, Strafvollzug
Universität Bremen

PD Dr. Robert Feustel

Institut für Soziologie
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. Dr. Christoph Gille

Professur für Soziale Arbeit in Kontexten von Armut und Ausgrenzung
Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften
Hochschule Düsseldorf

Prof. Dr. Rita Hansjürgens

Professur für Handlungstheorien und Methoden Sozialer Arbeit und Allgemeiner
Pädagogik
Alice-Salomon-Hochschule Berlin
Vorstand DG-SAS Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit in der Suchthilfe e.V.

Prof. Dr. Justus Haucap

Direktor Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE)
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Luise Klaus

Doktorandin
Institut für Humangeographie
Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Dr. Boris Michel

Professor für Digitale Geographie
Institut für Geowissenschaften und Geographie
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Prof. Dr. iur. habil. Helmut Pollähne

Wissenschaftlicher Leiter des Kölner Instituts für Konfliktforschung
Rechtsanwalt für Strafrecht in Bremen

Dirk Schäffer

Leitender Referent für Drogen und Strafvollzug
Deutsche Aidshilfe e.V.

Prof. Dr. jur Stephan Quensel

Professor für Resozialisation und Rehabilitation im Studiengang Soziologie
Universität Bremen

Claudia Schieren

Vorsitzende JES Bundesverband e.V.

Prof. Dr. Henning Schmidt-Semisch

Professor am Fachbereich Human- und Gesundheitswissenschaften
Institut für Public Health und Pflegeforschung, Abt. Gesundheit & Gesellschaft
Universität Bremen

Rüdiger Schmolke MA Pol./MPH

Fachbereich Sozial- und Bildungswissenschaften
Fachhochschule Potsdam

Dr. med. Hermann Schulte-Sasse

Ehem. Senator für Gesundheit in Bremen

Dr. iur. Sebastian Sobota

Rechtsanwalt
Habilitation
Johannes Gutenberg-Universität

Prof. Dr. Anke Stallwitz

Professorin für Sozialpsychologie
Fachbereich Soziale Arbeit
Evangelische Hochschule Freiburg

Dr. Fabian Pitter Steinmetz

Toxikologe
Vorstand Schildower Kreis e.V.

Prof. Dr. Heino Stöver

Professor für für sozialwissenschaftliche Suchtforschung
Frankfurt University of Applied Sciences
Vorsitzender Akzept e.V.

Prof. Dr. Rebekka Streck

Professur für Sozialpädagogik
Studiengangsleitung BA Soziale Arbeit
Evangelische Hochschule Berlin

Prof. Dr. Ursula Unterkofler

Professur für Methoden der empirischen Sozialforschung und Evaluation
Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften
Hochschule München

Prof. Dr. med. Birgit Völlm PhD MRCPsych DiplForPsych

Professorin für Forensische Psychiatrie, Klinikdirektorin
Universitätsmedizin Rostock

Dr. Clivia von Dewitz

Richterin am Amtsgericht Bad Segeberg

Prof. Dr. Jan Wehrheim

Professor für Soziologie
Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik
Universität Duisburg-Essen

Dr. Bernd Werse

Leiter des Centre for Drug Research
Fachbereich Erziehungswissenschaften
Goethe-Universität Frankfurt a.M.
Vorsitzender Schildower Kreis e.V.

Hubert Wimber

Polizeipräsident Münster a.D.
Vorsitzender LEAP Deutschland e.V.

Prof. Dr. Till Zimmermann

Inhaber des Lehrstuhls für Strafrecht und Strafprozessrecht
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Dr. Martin Zinkler

Chefarzt
Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie
Gesundheit Nord gGmbH – Klinikverbund Bremen
Standort Klinikum Bremen-Ost